

## Häftlinge bearbeiten heikle Kesb-Akten

*Panne bei der Vergabe eines Auftrages an die Buchbinderei der Strafanstalt Pöschwies*

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) der Stadt Zürich hat die Strafanstalt Pöschwies damit beauftragt, ihr Archivmaterial zu Büchern zu binden. Dabei sollen Dokumente in eine Zelle mitgenommen worden sein.

NINA KUNZ UND JAN HUDEC

Häftlinge der Strafanstalt Pöschwies in Regensdorf haben Einsicht in heikle Daten der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde Kesb erhalten, wie Recherchen des Aargauer Regionalsenders Tele MI zeigen. Der Sender schreibt in einem Communiqué vom Donnerstagnachmittag, dass in mindestens einem Fall Kesb-Unterlagen sogar mit auf die Zelle mitgenommen worden seien. Dieser Fall sei jedoch aufgedeckt und der betroffene Häftling in eine andere Abteilung verlegt worden.

### «Es ist ein Fehler passiert»

Die Aufgabe sei an die Häftlinge gelangt, weil ein Auftragsprozess nicht korrekt abgelaufen sei, erklärt Rebecca de Silva, Kommunikationsbeauftragte des Amtes für Justizvollzug, auf Anfrage: «Wie sich im Nachhinein gezeigt hat, ist ein Fehler passiert.» Das heikle Material sei nicht für die Bearbeitung durch Insassen geeignet gewesen. Dieser Umstand hätte aufseiten des Auftraggebers wie aufseiten der Vollzugsanstalt bemerkt werden müssen.

«Es ist uns ein grosses Anliegen, dass ein vergleichbarer Fall nicht mehr vorkommt», sagt de Silva weiter. «Wir haben den Anlass dazu genutzt, unseren Auftragsprozess zu überprüfen.» In Zukunft würden daher keine Aufträge in dieser Art mehr ausgeführt. De Silva macht jedoch auch darauf aufmerksam, dass die Vollzugsanstalt Pöschwies über 22 Gewerbebetriebe verfüge und rund



Scharfe Kontrollen im Innern der Pöschwies. Im Falle des Kesb-Auftrags scheinen sie nicht funktioniert zu haben. GORAN BASIC / NZZ

400 Gefangenen Vollzeitbeschäftigung anbiete. Das heisse, dass jedes Jahr Tausende von Aufträgen korrekt erledigt würden und daraus ein Umsatzvolumen von 7,1 Millionen Franken resultiere.

### Auftrag der Stadtzürcher Kesb

Der Auftrag, aus den Akten gebundene Bücher zu produzieren, kam von der Kesb der Stadt Zürich. Bei den Dokumenten handelt es sich um Beschlüsse aus den Jahren 2010 bis 2014. «In dieser Form übergeben wir jeweils unsere Unterlagen an das Stadtarchiv Zürich»,

erklärt Michael Allgäuer, Präsident der Stadtzürcher Kesb. Auch er bedauert den Vorfall: «In den vergangenen Jahren wurde der Job problemlos erledigt. Im Nachhinein war es eine Fehleinschätzung, Häftlinge mit sensiblen Daten arbeiten zu lassen.» Doch mit diesem Problem sei man immer konfrontiert, wenn man auf externe Dienstleistungen angewiesen sei. Allgäuer betont jedoch, dass man mit der Vergabe des Auftrags vor allem die Angebote der Strafanstalt Pöschwies habe unterstützen wollen. Häftlinge der Anstalt hätten in der Vergangenheit unter anderem auch schon

Kartonkisten für die Aktenablage der Kesb hergestellt.

Die Behauptung, dass ein Häftling Unterlagen auf seine Zelle mitgenommen haben soll, kann er nicht bestätigen. «Bei der Untersuchung der Zellen in Pöschwies wurden jedenfalls keine solchen Dokumente gefunden, wie mir die Verantwortlichen der Strafanstalt mitteilten.» Konsequenzen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Pöschwies werde es keine geben, da schon vor längerer Zeit entschieden wurde, die Beschlüsse ab dem Jahr 2015 elektronisch zu archivieren. Die letzten gedruckten

Bände sollten der Kesb Ende nächster Woche übergeben werden.

### Verband will Klärung

Beim Kesb-Verband ist man besorgt über den Vorfall: «Es ist sicher nicht statthaft, dass Strafgefangene sensible Kesb-Akten sortieren», sagt Ruedi Winet, Präsident der Kesb-Vereinigung Zürich. Es sei zwar durchaus üblich, dass die Kesb Aufträge an Externe verberge, so zum Beispiel für das Einscannen oder Binden von Akten. Dabei müsse aber unbedingt darauf geachtet werden, dass das Amtsgeheimnis und der Datenschutz gewährleistet seien. Gemeinsam mit dem Gemeindeamt, das die Aufsicht über die Kesb hat, wolle der Verband den Vorfall analysieren, es bestehe Klärungs- und eventuell auch Handlungsbedarf, sagt Winet. «Wir sind daran interessiert, dass ein derartiger Fall künftig verhindert werden kann.»

Das Gemeindeamt des Kantons Zürich kann zurzeit noch keine Stellung nehmen zum Vorfall. «Wir müssen zunächst einmal abklären, was genau geschehen ist», sagt Vittorio Jenni, Leiter des Rechtsdienstes.

### «Peinliche Pannenfälle»

Nur wenige Stunden nach Bekanntwerden des Falls hat sich die SVP des Kantons Zürich dazu geäussert. Sie kritisiert in ihrer Mitteilung die Häufung der «peinlichen Pannenfälle im Zürcher Justizvollzug». Nach Ansicht der SVP wäre den früheren Milizbehörden ein solches Missgeschick nie passiert; für den aktuellen «Skandal» machen sie «weltfremde Bürokraten» verantwortlich.

Auch der Abteilungsleiter beim kantonalen Datenschutzbeauftragten, Marco Frey, meldete sich zu Wort. Gegenüber «tagesanzeiger.ch» erklärte er: «Eine solche Auftragsdatenbearbeitung ist nur zulässig, wenn der Datenschutz durch geeignete Massnahmen sichergestellt wird.»